

Hi, wir sind Carla und Shanti von Fridays for Future Bochum und wir sind heute hier, weil wir hier "eine bildmächtige Protestaktion" durchführen wollten. Diese hätte eigentlich beinhaltet, dass wir eine große Holzkugel in Flammen aufgehen lassen. Aufgrund von diversen Vorkommnissen, müssen wir diese Aktion leider schweren Herzens verschieben. Nichtsdestotrotz sind wir hier, weil sich die Klimakrise eben nämlich nicht verschieben lässt! Dieses Wochenende findet in Bochum zum zweiten Mal das Wochenende fürs Klima statt, das von neun Kultur- und Bildungseinrichtungen aus Bochum organisiert wurde. Anlass dafür ist die 27. Klimakonferenz in Ägypten. Für Politiker:innen mal wieder die jährliche "letzte Konferenz, auf der wirklich noch etwas bewirkt" werden kann. Zahlreiche Klimaaktivist:innen sind aus aller Welt nach Sharm El-Sheikh gekommen, um dort für Klimagerechtigkeit zu protestieren.

Aber in Ägypten zu protestieren ist was ganz anderes als hier in Deutschland. Es gibt massive Einschränkungen der Rede- und Versammlungsfreiheit. Bildlich gesprochen: Stellt euch mal vor ihr wollt eine Kundgebung zum Angriffskrieg gegen die Ukraine machen und dürft weder Flaggen der Ukraine zeigen, noch Namen von Politiker:innen oder Ländern in den Mund nehmen.

Da diese Probleme wirklich viele Menschen betreffen und wir uns das Ausmaß der Situation hier tatsächlich kaum vorstellen können, gibt es nun einen ausführlicheren Beitrag zum Thema Menschenrechte.

Wie schon erwähnt findet die COP dieses Jahr in Sharm El-Sheikh in Ägypten statt, einem Land was viele infrastrukturelle und sozial-politische Probleme aufweist. Deshalb erscheint es im ersten Moment nach einer guten Chance für das Land, wenn die Konferenz dort auch stattfindet. So würde die Wahrscheinlichkeit steigen, dass PolitikerInnen aus, von der Klimakrise weniger betroffenen, Ländern auf diese Probleme hingewiesen werden könnten, zu mindestens in der Theorie. Aber in einem Land, indem die Bevölkerung noch nicht einmal ihre eigene Meinung kundgeben, geschweige auf tatsächliche Missstände aufmerksam machen, darf, wird dies wohl kaum passieren.

Seit Amtseintritt von Abdel Fattah El-Sisi (2014) hat die ägyptische Regierung unter dem Deckmantel des "Kampfs gegen Den Terror" unzählige NGOs und demokratische Bewegungen durch willkürliche Einschränkungen unterdrückt. Unter diese Einschränkungen fallen z.B. die Kriminalisierung von Geldströmen aus dem In- und Ausland, Verhaftung von Journalisten und Interviewten, Reisebeschränkung von Aktivisten und erschwerte bis nicht mögliche Registrierung von neuen NGOs. Zivilgesellschaftliche Arbeit wird nur noch in Bereichen ermöglicht, die der Regierung zugutekommen wie z.B. Armutsbekämpfung und die Förderung der Landwirtschaft. Manche Forderungen von Aktivisten, wie die nach Klimafinanzierungen werden sogar von der Regierung übernommen. Themen, die das Versagen oder auch nur Fehlritte der Regierung beleuchten, haben hingegen größte Brisanz und werden dementsprechend hart von der Regierung unterdrückt, mit dem Ziel, sie gänzlich von der Bildfläche zu verdrängen. Aber wenn man nur sagen darf, was der Regierung gefällt, kann man keinen richtigen Aktivismus betreiben, findet auch Richard Pearson, der Umweltdirektor von HRW: „Die Welt braucht mehr Klimaaktivismus, nicht weniger, und es kann keinen effektiven Aktivismus geben, wenn die Regierung zivilgesellschaftliche Gruppen als Bedrohung und nicht als Bereicherung ansieht“.

Die Meinungs- und Pressefreiheit in Ägypten wurde in der Praxis durch das ratifizierte Gesetz gegen Cyberkriminalität so gut wie abgeschafft. Nicht nur vermeintliche Islamisten sondern auch Journalisten und unabhängige BloggerInnen werden systematisch zum Schweigen

gebracht durch das blockieren Ihrer Webseiten, Verfolgung und Gewalttaten. Das fundamentale Menschenrecht der Religionsfreiheit wird in Ägypten durch die Scharia ebenfalls stark eingeschränkt, denn diese gilt als Basis der Gesetzgebung. Obwohl Artikel 64 der Verfassung Glaubensfreiheit garantiert, sind Konvertiten - die sich beispielsweise zum Christentum bekennen - nicht von der Verfassung geschützt. Konvertierte Personen die z.B. den Islam kritisieren, laufen Gefahr in Ägypten von einem Mob verfolgt und verprügelt zu werden. Besonders betroffen sind die koptischen Christen, die etwa 10% der Bevölkerung ausmachen und Angehörige der Nubier. Diese leiden unter anderem auch unter sozialer Diskriminierung in Bereichen wie z.B. Ausbildung und der Gesundheitsversorgung. Straftaten wie sexualisierte Gewalt werden in Ägypten so gut wie gar nicht verfolgt. Nicht nur konvertierte weiblich belebte Personen leiden unter der systematischen Unterdrückung. So ist häusliche Gewalt genau wie Kindesheirat nicht verboten. Ebenfalls ist die Genitalverstümmelung immer noch eine gängige Praxis, obwohl diese seit 2008 offiziell illegal ist. Während das offizielle Heiratsalter in Ägypten 18 Jahre ist, werden besonders in armen ländlichen Gegenden Frühehen nach islamischen Recht geschlossen. Die Familien erhoffen sich durch die Verheiratung und das damit einhergehende Brautgeld eine bessere ökonomische Absicherung. Nicht selten kommt es daher zu Entführungen und Zwangsverheiratungen von Minderjährigen. Gleichstellung von männlich und weiblich belebten Personen ist offiziell in der ägyptischen Verfassung festgeschrieben. So besagt Artikel 11 der Verfassung von 2014 dass der Staat sich verpflichtet, in Übereinstimmung mit den Bestimmungen der Verfassung, Gleichheit in Bezug auf alle zivilen, politischen, ökonomischen, sozialen und kulturellen Rechte herzustellen. Eine ganze Reihe von Gesetzen und die Rechtspraxis stehen allerdings in scharfem Gegensatz dazu. Die Regierung ist nicht gewillt, diskriminierende Gesetze und diskriminierendes Verhalten von Beamten abzustellen oder wenigstens wirksam zu vermindern. Menschenrechte sind hier nur eine Fata Morgana.

Anzeichen für einen Willen der Regierung, Folter und Willkür zu beenden und die Menschenrechtssituation zu verbessern, sind nicht erkennbar. Dasselbe gilt für das Fehlen von Rechtssicherheit und Rechtsstaatlichkeit generell. Tausende Ägypter werden völlig willkürlich verhaftet und gefoltert. Unter den Opfern sind bei weitem nicht nur tatsächliche Terroristen, sondern auch viele Vertreter der ägyptischen Zivilgesellschaft, gänzlich Unbeteiligte und bloße Sympathisanten der Muslimbrüder. Viele ägyptische Beobachter gehen von mehreren zehntausend willkürlichen Verhaftungen seit Juli 2013 aus. Eine Inhaftierung ohne Kontakt zur Außenwelt und das "Verschwinden" in Gefangenschaft werden regelmäßig von den Behörden eingesetzt. Die ägyptische Polizei, Geheimdienst und Justizbehörden foltern systematisch, sowohl zur Einschüchterung und Erpressung von "Geständnissen". Unter Folter erzwungene Aussagen wurden viele Male in Gerichtsverfahren zugelassen. Wegen der völligen Intransparenz der ägyptischen Justiz- und Polizeibehörden sind genaue Zahlen leider nicht zu ermitteln.

Die Bevölkerung hat noch mit vielen weiteren Problemen zu kämpfen, die aber wegen der zuvor genannten Missstände wohl kaum Gehör bei den angereisten PolitikerInnen finden werden. Deshalb sollten zumindest wir ihnen Aufmerksamkeit geben: Ägypten ist zwar in einigen Bereichen im Vergleich zu vielen afrikanischen Ländern schon sehr fortschrittlich, aber dieser Fortschritt ist nicht gleichmäßig verteilt. In den Städten gibt es moderne Krankenhäuser und ein Gesundheitssystem, was allen dort lebenden Menschen eine ausreichende bis gute Versorgung gewährleisten kann. In den ländlichen Gebieten sieht die Lage wiederum ganz anders aus. Dort gibt es oftmals gar keine medizinischen Einrichtungen und Menschen müssen, um auch nur eine medizinische Grundversorgung zu erhalten, stundenlange Reisen in umliegende Städte auf sich nehmen. Auch was sonstige, sogenannte

kritische Infrastruktur angeht, ist der Unterschied zwischen Stadt und Land immens. In den Städten lebt es sich mittlerweile einigermaßen gut, auf dem Land haben die meisten Menschen die Wahl: Willst du fließendes Wasser oder Elektrizität? Manchmal gibt es auch nichts von beidem.

Finanziell sieht es ähnlich aus: Wer einen gut bezahlten Job hat, dem geht es gut. Ist das nicht der Fall: Pech gehabt. So leben laut Angaben der CIA rund 20% der Bevölkerung unter der Armutsgrenze von 2 US-Dollar pro Tag, Grund dafür sei nicht zuletzt die hohe saisonale Arbeitslosigkeit. Die Regierung gesteht sogar ein, dass ca. 30% der Bevölkerung mit weniger als 45\$ pro Monat und Person leben müssen. Hoffnung auf Besserung gibt es trotzdem: Mittlerweile sind alle Arbeitnehmenden verpflichtend sozialversichert; es gibt eine Kranken-, Alters- und Invalidenversicherung. Des Weiteren werden Hinterbliebenenrenten, Krankengeld und Arbeitslosenunterstützung geleistet.

Auch die Bildung Situation sieht eher unschön aus: Das "aktuelle" Schulsystem wurde 1952 eingeführt und seitdem kaum verändert, hinzukommt, dass auf einen Lehrer im Schnitt ca. 50 Schülis kommen. Die Analphabeten Quote lag 2015 noch bei 26% der erwachsenen Bevölkerung und bei den Geschlechtern lässt sich auch eine große Ungleichheit erkennen, da Mädchen die Schule oft früh verlassen, um im Haushalt zu helfen oder zwangsverheiratet zu werden. Dennoch verbessert sich die Lage mit der Zeit, so hat sich die durchschnittliche Schulbesuchszeit bis zum Alter von 25 Jahren seit 1990 grob vervierfacht und die Regierung möchte die Geschlechtergerechtigkeit in der Bildung fördern.

Um ägyptischen Menschen auch tatsächlich Gehör zu verschaffen, wird nun ein Lied von Ramy Essam, einem ägyptischen Musiker und Widerstandskämpfer abgespielt. Der Titel heißt auf Deutsch Brot, Freiheit und soziale Gerechtigkeit.

Um den Umschwung zurück zum Klimaschutz zu schaffen, möchte ich nun noch einige Ergebnisse der COP mit euch teilen, welche von FFF-Berlin zusammengetragen wurden

"Ganz vorne im Pariser Abkommen, nur wenige Zeilen unter dem 1,5-Grad-Ziel, befindet sich der recht unbekannt Artikel 2.1c. Artikel 2.1c ist mächtig. Er verpflichtet Staaten, Finanzströme klimafreundlich zu machen. Dafür müssen sie fossile Subventionen abschaffen und Banken zu mehr Klimaschutz verpflichten. Das Problem: Artikel 2.1c wird auf der COP27 nicht verhandelt werden - denn Staaten des globalen Südens (G77 + China) haben verhindert, dass er auf die Agenda kommt. Doch Klimaschutz darf nicht gegen Klimawandelanpassung und Loss & Damage ausgespielt werden. Die Menschheit braucht nie dagewesene Fortschritte in allen Bereichen! Auch und insbesondere im Finanzsektor." - Michael Spiekermann Delegierter Österreichs

Der Ausschuss der Afrikanischen Union hat in einem Entwurf den Standpunkt Afrikas zum Zugang von Energien innerhalb des Kontinents vorgeschlagen. Der Entwurf bringt aber diverse kritische Dinge mit sich. Der Fokus liegt hier vor allem auf der Fortsetzung der Verwendung von fossilen Energieträgern – unterstützt von europäischen Entscheidungsträger:innen die hoffen, damit die Auswirkungen des russischen Angriffskriegs und der damit einhergehenden Energiekrise abzufedern. Erneuerbare Energien spielen hier eine klar untergeordnete Rolle, während fossile Industrien – eine Technologie mit Ablaufdatum – priorisiert werden. Wenn dieser Vorschlag angenommen wird, hat das fatale Folgen für das Klima und spezifisch den afrikanischen Kontinent. Im klaren Kontrast dazu stehen afrikanische Klimaaktivist:innen; sie fordern eine Transformation des Energiesektors und einen sozialen wie wirtschaftlichen Wandel. Das beinhaltet ganz klar den Ausbau der Erneuerbaren und ein Ende der Subventionen in fossilen Konzerne innerhalb des Kontinentes,

sowie keine Förderung von Projekten ausländischer Konzerne wie die Eacop (eine Ölpipeline, die durch Afrika gebaut werden soll) Über 600 Millionen Afrikaner\*innen haben keinen Zugang zu den dezentralen, sauberen, günstigen und sozial verträglichen Erneuerbaren Energien, die sie verdient hätten.

"Das Angebot an Europa, Afrika als Tankstelle zu nutzen, ist ein ausgeklügelter Vorwand, der von einer gefährlichen kapitalistischen Utopie genährt wird, mit der die weitere Nutzung fossiler Brennstoffe in Afrika gerechtfertigt werden soll. Die Produktion von fossilem Gas trägt in keiner Weise dazu bei, die Klimaproblematik auf dem Kontinent zu lösen, und wird, wenn sie angenommen wird, Afrika daran hindern, den Sprung in eine Zukunft mit erneuerbaren und sauberen Energien zu schaffen." - FFF Berlin

Die Frau von der Ähm Leyen bezeichnet die Klimaanstrengungen als Beispielhaft und bezieht sich dabei auf die Klimazahlungen von 23 Mrd. €. Nur so zum Vergleich für das Ahrtal hat Deutschland 8,2 Mrd. € zur Verfügung gestellt. Außerdem hält sie an der 1,5° Grenze fest, ohne dabei auf die radikalen Maßnahmen einzugehen, die zur Einhaltung der Grenze vorgenommen werden müssen. Da es aber in den vergangenen Monaten, u.A. auch auf der letzten UN-Vollversammlung, vermehrt zu Forderungen nach angemessenen Investitionen für Klima-Anpassungen seitens Afrikas kam, ist davon auszugehen, dass die EU sich nicht auf diesen selbstgemalten Lorbeeren ausruhen kann. Und tatsächlich gab Hage Geingob, der Präsident von Namibia, am 08.11. bekannt, dass das Land über 540 Millionen Euro für den Klimaschutz von der niederländischen Regierung und der Europäischen Investitionsbank erhalten haben.

Es gibt auch noch weitere gute Neuigkeiten, Deutschland hat am 09.11. eine Klima- und Entwicklungspartnerschaft mit Kenia unterschrieben. In der Partnerschaft geht es darum, Kenia als führendes Land in Sachen Energiewende (sie beziehen bereits 90% ihres Stroms aus Erneuerbaren) zu unterstützen. Das Ziel ist, die kenianische Energieversorgung bis 2030 auf 100% zu steigern. Diese Energiepartnerschaft ist ein riesiger Schritt in die richtige Richtung. Länder des globalen Südens – hier Kenia – werden unterstützt und eine sozial gerechte Wirtschaftswende ermöglicht, während gleichzeitig für sie Anreize gesetzt werden, klimapolitische Maßnahmen umzusetzen.

Weitere Ergebnisse der COP könnt ihr unter [fridaysforfuture.berlin/cop-daily](https://fridaysforfuture.berlin/cop-daily) nachlesen

Klimaproteste gibt es übrigens nicht erst seit ein paar Jahren, sondern schon vor 50 Jahren begannen die ersten Klimaproteste. Eine schöne Aktion von Robin Wood fand zum Beispiel vor 30 Jahren auf der B1 Richtung Bochum statt. Die Aktivist:innen schaufelten Erde auf zwei von drei Fahrstreifen und pflanzten symbolisch drei Bäume auf die Straße. Kreativ waren Umwelt- und Klimaaktivisti scheinbar schon immer. Und unsere Kreativität wird übrigens auch nicht abnehmen, wenn die Repressionen hier in Deutschland zunehmen! Wobei wir uns im Vergleich zu anderen Ländern wie Ägypten oder dem Iran natürlich momentan absolut glücklich schätzen können, dass hier die Meinungs- und Versammlungsfreiheit kaum eingeschränkt wird.

Unser Protest wird so lange weitergehen, bis die Politik wissenschaftlichen Evidenzen folgt. Und wissenschaftliche Evidenz ist übrigens auch, dass Lützerath bleiben muss, damit Deutschland seine Klimaziele einhalten kann.

Und dazu wird jetzt Joris einen Redebeitrag halten.

Um nochmal das Thema der brennenden Erde aufzugreifen - unsere Intention der Aktion war darauf aufmerksam zu machen, dass unsere Erde wortwörtlich brennt.

Überall auf der Welt gab es in diesem Jahr Hitzewellen, in denen extreme Temperaturen von bis zu 50 °C erreicht wurden. Wichtig hierbei ist, zu erwähnen, dass 50° nicht gleich 50° sind. Die Luftfeuchtigkeit spielt dabei auch eine große Rolle. Anschaulich wird das am besten in den Extremfällen: Während 60°C warme trockene Luft noch gut zu ertragen und kurzzeitig sogar angenehm ist - sonst würde man ja nicht zur Entspannung in eine 90-110° warme Sauna gehen - kann man sich an 60°C heißem Wasser schon verbrennen - von 100°C heißem Wasser ganz zu schweigen.

Besonders betroffen von den Hitzewellen waren zum Beispiel Indien, China und Pakistan. Aber auch in Europa sanken Wasserpegel in Flüssen bedrohlich niedrig und im Norden Italiens wurden Notstände ausgerufen, die zum Beispiel die Rationierung von Wasser vorsahen.

Klimaanpassungsstrategien, die zum Beispiel auch Kaltluftschneisen, Begrünung und Vermeidung von Flächenversiegelung vorsehen, können dabei einen wichtigen Beitrag leisten, um die Temperaturen in Städten erträglicher zu gestalten.

Einhergehend mit Dürre und Trockenheit bleiben natürlich auch Waldbrände nicht aus. Auch davon hatten wir dieses Jahr weltweit mehr als genug. Um genau zu sein - So viele wie noch nie zuvor.

Schaut jetzt mal in den Himmel nach oben - so dunkel wie es jetzt gerade ist, war es in vielen Städten weltweit diesen Sommer tagsüber aufgrund von Asche und Rauch der Waldbrände. Nicht nur in wärmeren Regionen wie Italien, Kalifornien und Frankreich hat es gebrannt, sondern auch zunehmend mehr Landstriche des eisigen Sibiriens fielen den Flammen zum Opfer. Die Feuerwehr hofft jedes Jahr im Sommer verzweifelter auf Regen.

Übrigens ist es für ein funktionierendes Ökosystem nicht wirklich hilfreich jedes Jahr mehrere tausende Tannen, Fichten und Kiefern in Monokulturen anzupflanzen und abzuholzen, nur um sie ein paar Wochen irgendwo aus Dekorationszwecken stehen zu haben. Monokulturen sind auch häufig anfälliger für Krankheiten und leiden stärker unter Trockenheit, wodurch die Waldbrandgefahr in Monokulturwäldern besonders erhöht ist.

Ein möglichst diverser Mischwald ist also deutlich besser gegen Dürreperioden gewappnet und darauf wird immerhin in deutschen Wäldern jetzt auch immer mehr hingearbeitet.

Aber nicht nur Trockenheit wird, sondern auch andere Extremwetterereignisse wie die Überschwemmungen in Pakistan mit zahlreichen Toten diesen Sommer werden immer wahrscheinlicher.

Die Belastung durch die Extremwetterereignisse ist für die Menschen in Ländern ohne gute Sozialsysteme und starke Infrastruktur jedoch nochmal eine ganz andere Nummer als hier in Deutschland.

Dort kommen nicht innerhalb des nächsten Tages alle möglichen Hilfsorganisationen wie THW, DLRG und Feuerwehren mit sämtlichen Gerätschaften angefahren und helfen bei einem schnellen Wiederaufbau. Die dortigen Hilfskräfte sind oft nicht in der Lage, wenigstens eine stabile Grundversorgung aufzubauen - falls eine solche überhaupt vorher vorhanden war. Und zusätzlich lässt es die Infrastruktur häufig nicht zu, dass das Wasser schnell wieder abfließen kann, wodurch sich Keime ausbreiten können und Menschen schwer erkranken. Abwassersysteme auch in ländlichen, ärmlischeren Regionen könnten dort vielleicht schon ein bisschen dabei helfen, das Problem abzumildern.

- Aktivisti werden z.T. direkt vom Staat angefeindet/unterdrückt (Blasphemiegesetz) -> viele Menschen wollen helfen, aber wenige Entscheidungsträger unterbinden dies

Die Eingriffe des Menschen in die lokalen Ökosysteme verstärken zusätzlich leider immer wieder die Folgen.

Aber auch das dürfte für die meisten von euch nichts Neues sein. Wir wollen heute aber auch mal ein bisschen positive Nachrichten verbreiten. Wir haben nämlich das Feedback bekommen, dass unsere Veranstaltungen immer so ernüchternd und negativ sind, aber das Gefühl wollen wir natürlich nicht so stehen lassen. Denn wenn wir die Hoffnung verloren hätten, würden wir ja nicht immer weiter machen!

## **WHAT DO WE WANT? CLIMATE JUSTICE! WHEN DO WE WANT IT? NOW!**

Zum Beispiel der Sieg des Präsidenten Lula da Silva in Brasilien lässt zumindest darauf hoffen, dass demnächst der Amazonas wieder besser geschützt und die Abholzung nicht weiter vorangetrieben wird. Auch seine Rede bei der Weltklimakonferenz offenbarte sehr positive Intentionen seiner angestrebten Politik. Dennoch sollten wir uns darauf nicht ausruhen, sondern die internationale Politik muss entsprechende Regulierungen treffen, die die wirtschaftliche Ausbeutung des Amazonas nicht weiter fördert. Außerdem hat die EU neue Ziele für CO<sub>2</sub>-Senken beschlossen, was zum Beispiel die Renaturierung von Mooren einbezieht, und den CO<sub>2</sub>-Ausstoß bis 2030 stärker reguliert. Das sind sehr gute Nachrichten auch in Hinblick auf die Biodiversität, denn Moore sind insbesondere für seltene Arten ein sehr wertvoller Lebensraum.

Auf der COP wurde zudem eine Partnerschaft mit Industriestaaten ausgehandelt, durch die Indonesien bei dem Ausstieg aus der Kohlekraft unterstützt wird. So können bis 2060 2 Milliarden Tonnen CO<sub>2</sub>-Emissionen verhindert werden. Und wir gehen jetzt einfach mal davon aus, dass das jetzt dann auch alles so reibungslos über den Tisch geht, wie es angekündigt wurde.

Wie ihr hier auf unserer schönen Erde jetzt sehen könnt, brennt es im übertragenen Sinne irgendwie überall auf der Erde. Aber dass ihr hier seid und dass global jede Woche irgendwelche Formen von Klima-Aktionen stattfinden, lässt unsere Hoffnung nicht ersticken. Mehr Wissensvermittlung und -austausch zu Klimathemen gibt es jetzt auch die nächsten zwei Tage im Rahmen des Wochenendes fürs Klima. Bleibt deshalb gerne im Anschluss der Aktion noch hier, denn um 18 Uhr geht es weiter mit Programm im Schauspielhaus.

Wenn ihr eure Initiative für Engagement noch nicht gefunden habt, dann schaut morgen im Kunstmuseum vorbei - dort gibt es ein Initiativen-Speeddating, von sämtlichen Umwelt-, Klima und anderweitigen Initiativen hier in Bochum.

Wenn ihr mögt, könnt ihr euch hier vorne jetzt noch auf einen Zettel holen und eure Gedanken zu den genannten Themen oder nicht angesprochenen Themen, die ihr als wichtig erachtet, aufschreiben.